

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Busse sollen weiterhin barrierefrei sein

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in den Gremien der Berliner Verkehrsbetriebe die Beibehaltung des sogenannten automatischen Kneelings bei Autobussen, also das automatische Absenken der BVG-Busse an den Haltestellen, durchzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2012 zu berichten.

Begründung

Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, aber auch Familien mit Kinderwagen, sollen weiterhin das Busangebot der BVG uneingeschränkt nutzen können. Das Anfordern des Absenkens stellt eine Beeinträchtigung und Verschlechterung dar, die sich jede und jeder an Haltestellen etwa während des Berufsverkehrs leicht vor Augen führen kann. Gerade beim Ausstieg vieler ÖPNV-NutzerInnen wird es dann jeweils schwer werden, noch einen barrierefreien Einstieg sicherzustellen.

Auf eine Kleine Anfrage hin teilte der Senat jedoch mit, dass die BVG die zuständigen Senatsverwaltungen und die Behindertenverbände über ihre Absicht informiert hat, das automatische Absenken von Autobussen (d.h. automatisches Kneeling an jeder Haltestelle) durch ein sogenanntes fahrgastbezogenes Bedarfskneeling (d. h. auf Anforderung eines Fahrgastes) zu ersetzen.

Mit einer Kneelingvorrichtung sind alle 1324 von der BVG eingesetzten Busse ausgerüstet gewesen. Laut Auskunft der BVG ist derzeit im Rahmen der 1. Pilotphase bei 152 12m-Bussen die automatische Steuerung auf eine Bedarfssteuerung umgestellt worden. Die BVG selbst bewertet die Pilotphase als positiv, im Gegensatz zu den Behindertenverbänden. Als Gründe für diese Umstellung benannte die BVG Wartungs- und Reparaturanfälligkeit des Systems, sowie der aus Sicht der BVG nur für wenige Fahrgäste erkennbare Nutzen des automatischen Absenkens der Omnibusse an den Haltestellen zum Einsteigen. Ferner wird nach Auffassung der BVG das automatische Absenken an jeder Haltestelle von vielen Fahrgästen sowie Fahrerinnen und Fahrern als störend empfunden.

Insbesondere Behindertenverbände und Seniorenvertretungen äußerten sich hingegen öffentlich sehr besorgt wegen der beabsichtigten Abschaffung des automatischen Kneelingsystems. Sie halten diese Entscheidung für einen Rückschritt. Im Übrigen steht das Vorhaben weder mit den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention im Einklang, noch mit den Bemühungen, die Herausforderungen der demographischen Bevölkerungsentwicklung zu bewältigen.

Die von der BVG genannten Gründe überzeugen nicht: Das Bedarfskneeling ist eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Busangebot. Berlin und die BVG haben mit guten Gründen das automatische Kneeling eingeführt. Erkenntnisse, die eine andere Bewertung gebieten, liegen nicht vor. In diesem Fall muss die Mobilität der Berlinerinnen und Berliner und damit ihre Freiheit, das ganze Stadtgebiet zu erreichen, Vorrang haben.

Berlin, den 24. April 2012

Pop Gelbhaar Villbrandt
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen